

# **Straßburger Bote**



**Informationsdienst von Martin Kastler MdEP**

**Ausgabe 1/2009 vom 22. September**

Inhalt:

- "*Straßburger Bote*" - Martin Kastler startet neuen Informationsdienst
- Klare Angelegenheit - José Manuel Barroso erfreulich deutlich als EU-Kommissionspräsident bestätigt
- Spitzenamt für Osteuropäer - Neuer Parlamentspräsident Buzek betont europäische Grundwerte
- Wirbel um Transportrichtlinie - Europa streitet über Arbeitszeiten für selbstständige Kraftfahrer

## **"Straßburger Bote" - Martin Kastler startet neuen Informationsdienst**

Liebe Leser,

Europa - Dieses Wort steht für Offenheit, Grenzenlosigkeit und Gemeinschaft. Besonders in den letzten Jahren ist es jedoch in der öffentlichen Meinung auch allzu oft zu einem Synonym für Kompliziertheit, ausufernde Bürokratie und Bürgerferne geworden. Als Ihr mittelfränkischer Europaabgeordneter möchte ich dabei helfen, Ihnen Europa näher zu bringen. Deshalb starte ich mit der heutigen Ausgabe den *Straßburger Boten*, meinen ab sofort regelmäßig nach jeder Plenarwoche erscheinenden Informationsdienst. Der *Straßburger Bote* möchte meine Arbeit für Franken in Europa transparenter machen. Es ist wichtig, wenn Sie als Wähler wissen, was wir als Abgeordnete in Brüssel und Straßburg tun. Den *Straßburger Boten* möchte ich deshalb als Möglich-

keit nutzen, das parlamentarische Geschehen aus meiner Warte zu kommentieren. Ab sofort erhalten Sie den *Straßburger Boten* regelmäßig bequem per E-Mail. Sollten Sie ihn nicht mehr beziehen wollen, genügt eine kurze E-Mail an [Martin.Kastler@europarl.europa.eu](mailto:Martin.Kastler@europarl.europa.eu).

Über jede Rückmeldung und Anmerkung zum *Straßburger Boten* freue ich mich. Ich hoffe, dass er Ihnen so einerseits meine Arbeit näher bringt, aber andererseits auch mir dabei hilft, mehr über Ihre Anliegen und Wünsche an die Politik zu erfahren.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine interessante Lektüre der ersten Ausgabe des *Straßburger Boten*.

Ihr

Martin Kastler MdEP

## **Klare Angelegenheit - José Manuel Barroso erfreulich deutlich als EU-Kommissionspräsident bestätigt**

Der neue Kommissionspräsident bleibt der alte. Gemeinsam mit meiner Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) habe ich den Portugiesen José Manuel Durão Barroso für eine zweite Amtszeit als EU-Kommissionspräsident gewählt. Die Wahl Barrosos ist eine gute Nachricht für Europa. Besonders freue ich mich über die Deutlichkeit des Ergebnisses. Bei insgesamt 718 abgegebenen Stimmen ist das Votum von 382 zu 219 Abgeordneten für Barroso ein wichtiges Zeichen, da die bürgerlichen Parteien Barroso auch mit der im EU-Vertrag von Lissabon festgeschriebenen Mehrheit gewählt haben. Dies wird auch Barrosos Verhandlungsmandat für die Kommissare stärken.

Für die zweiten fünf Jahre seiner Amtszeit wünsche ich mir von Barroso, dass er sein Versprechen halten und sich für eine Wiederbelebung der Sozialen Marktwirtschaft einsetzen wird. In Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise brauchen wir einen Kommissionspräsidenten, dem das Schicksal der Leidtragenden dieser Krise nicht egal ist und der sich entschlossen für mehr Arbeit und Beschäftigung einsetzt. Mit der Sozialen Marktwirtschaft verfügt Deutschland über das einzige Modell, das wirklich geeignet ist, die internationale Ordnung menschlich zu gestalten. Einen Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft bildet das Subsidiaritätsprinzip. Dieses ist auch Bestandteil der EU und wird im Vertrag von Lissabon noch einmal deutlich bekräftigt. Nach dem Subsidiaritätsprinzip sind Sozial- und Beschäftigungspolitik vor allem Sache der EU-Mitgliedsstaaten.

Für Mittelfranken, wo viele Arbeitsplätze durch die Krise gefährdet sind, bedeutet dies, dass sich die Europäische Kommission auch künftig nicht in die aktive Beschäftigungspolitik der Bundesregierung und der bayerischen Staatsregierung einmischen darf.

Bereits vor der Wahl Barrosos waren die Grünen mit ihrem Antrag gescheitert, den Kommissionspräsidenten erst nach dem irischen Referendum zum Lissabon-Vertrag am 2. Oktober wählen zu lassen. Bei der Abstimmung darüber erlitt rot-grün eine schwere Niederlage. Nur 135 Abgeordnete stimmten für den Antrag des grünen Fraktionschefs Daniel Cohn-Bendit, während 248 eine Aufschiebung der Wahl des Kommissionspräsidenten ablehnten. Es wäre schön, wenn wir rot-grün auch bei anderen Fragen künftig derart problemlos überstimmen könnten.

## **Spitzenamt für Osteuropäer - Neuer Parlamentspräsident Buzek betont europäische Grundwerte**

Eine große Ehre war es für mich, am 15. September der Eröffnungsrede unseres neuen Parlamentspräsidenten Jerzy Buzek zu lauschen. Als Pole ist Buzek der erste Osteuropäer, der diesen prestigevollen und wichtigen Posten übernimmt. In seiner Rede stellte Buzek heraus, dass Europa eine "Wertegemeinschaft" sei. Dabei gebe es kein "altes und neues Europa", sondern nur noch "unser gemeinsames Europa". Mit der EU-Osterweiterung sei der Traum einer ganzen Generation von Europäern erfüllt worden, so der neue Präsident.

Seit vielen Jahren setze ich mich für das Zusammenwachsen von Ost und West ein. So gehöre ich in dieser Legis-

laturperiode der Delegation EU-Mazedonien an, bin Mitglied im Bundesvorstand der Ackermann-Gemeinde und war von 1996 bis 1997 in der außenpolitischen Abteilung des Präsidenten der Tschechischen Republik, Vaclav Havel, tätig. Vor diesem Hintergrund war die Rede von Jerzy Buzek für mich eine ganz besondere Freude. Buzek ist ein glaubhafter Vertreter seines Landes und Europas. Als ehemaliger Solidarność-Mann hat er über Jahre hinweg die schmerzliche Teilung Europas durch den Eisernen Vorhang erlitten und weiß daher, wie wichtig Freiheit und Frieden sind. In seiner beeindruckenden Rede hat er deutlich gemacht, dass er sich für die europäischen Grundwerte einsetzen möchte. Diese sind keine Selbstverständlichkeit. Gerade in Zeiten wachsender Europa-Vorbehalte ist Buzeks Rede eine Erinnerung daran, wie viel Segen die europäische Einigung unseren Völkern gebracht hat. In diesem Sinne wünsche ich Jerzy Buzek alles erdenklich Gute und Gottes Segen für sein wichtiges Amt.

### **Wirbel um Transportrichtlinie: Europa streitet über Arbeitszeiten für selbstständige Kraftfahrer**

Manchmal sind es in Europa die vermeintlich kleinen Entscheidungen, die den größten Wirbel verursachen. Im "Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten", dem ich in dieser Legislaturperiode als Vollmitglied angehöre, steht derzeit die Reform der EU-Arbeitszeitrichtlinie für Kraftfahrer zur Diskussion. Die Kommission will selbstständige Kraftfahrer, von denen es in Mittelfranken viele gibt, von den für Angestellte geltenden Arbeitszeitbeschränkungen dauerhaft ausnehmen. Dabei handelt es

sich allgemein um Arbeitszeiten und ausdrücklich nicht um die Lenk- und Ruhezeiten, die ohnehin für alle Kraftfahrer reguliert sind.

Gewerkschaftsverbände befürchten durch den Kommissionsvorschlag trotzdem eine Gefährdung des Straßenverkehrs und einen Wettbewerbsvorteil für selbstständige Kraftfahrer. In den letzten Wochen habe ich mit vielen Interessensvertretern gesprochen und mir die verschiedenen Standpunkte zu diesem Thema durchgelesen. Zudem war ich am Montag bei "Omibusreisen Kerner" in Eckental zu Gast, um mich aus erster Hand bei einem betroffenen Unternehmen zu informieren. Wie ich mich zu diesem Thema positioniere, lesen Sie im nächsten *Straßburger Boten*. Dann wird das EU-Parlament über die Reform abgestimmt haben.

#### Impressum:

**Martin KASTLER** MdEP

**Abgeordnetenbüro Brüssel**

Parlement Européen

60, rue Wiertz, ASP 15E218

B-1047 Bruxelles

Tel. : +32 (0)2 28 47 53 8

Fax : +32 (0)2 28 49 53 8

[martin.kastler@europarl.europa.eu](mailto:martin.kastler@europarl.europa.eu)

Folgen Sie Martin Kastler auf:



Mitwirkung an dieser Ausgabe:

Sebastian Grundberger